

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Christine Ostrowski und der Fraktion der PDS

Sparquote, Sparziele und Altersvorsorge der Bevölkerung

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Sparquote, das Sparverhalten und die Sparziele der Bevölkerung, differenziert nach alten und neuen Bundesländern, in den Jahren seit 1990 entwickelt?
2. Verfügt die Bundesregierung über Kenntnisse bzw. aussagekräftige Statistiken (Mikrozensus), welches durchschnittliche Einkommen die jeweiligen Haushaltsgrößen für den laufenden Lebensunterhalt benötigen, und ab welchem entsprechenden Haushalts-Einkommen Sparmöglichkeiten überhaupt gegeben sind?
3. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der Haushalte, differenziert nach Haushaltsgrößen, die Sparvermögen anlegen konnten, und differenziert nach alten und neuen Bundesländern, in den Jahren seit 1990 entwickelt und wie hoch sind in den jeweiligen Haushaltsgruppen die durchschnittlichen Spareinlagen?
4. In welchem Verhältnis – zum Gesamteinkommen und zur Sparquote – haben sich die einzelnen Sparziele wie z. B. Altersvorsorge, Bausparen/Wohneigentum, Konsum, Kapitalanlage, Ausbildung der Kinder, Reserve/Notgroschen oder Sonstiges, differenziert nach alten und neuen Bundesländern, in den Jahren seit 1990 entwickelt?
5. Wie schätzt die Bundesregierung – in Anbetracht der künftigen Reform der gesetzlichen Rentenversicherung und einer zusätzlichen kapitalgedeckten Altersvorsorge – die künftige Entwicklung der einzelnen Anteile an den Sparanlageformen bei den jeweiligen Haushaltsgruppen ein?
6. Welchen Anteil am Sparvermögen der jeweiligen Haushalte und an der Sparquote insgesamt wird nach Berechnungen der Bundesregierung die zusätzlich aufzubringende private Altersvorsorge und welchen Anteil daran wird die vorgesehene staatliche Förderung einnehmen?
7. Wie hoch ist nach Berechnungen der Bundesregierung der Anteil der Bevölkerung (Arbeitslose, Arbeitslosenhilfeempfänger, Sozialhilfeempfänger, Geringverdiener, Einkommensschwache) und der entsprechenden Haushalte, differenziert nach alten und neuen Bundesländern, die gegenwärtig überhaupt nicht in der Lage sind, Altersvorsorgevermögen anzusparen und die dementsprechend auch keine entsprechende staatliche Förderung in Anspruch nehmen können?

8. Wie bewertet die Bundesregierung eine dadurch – trotz oder entgegen staatlicher Förderung – weiter zunehmende soziale Differenzierung?

Berlin, den 19. Dezember 2000

Christine Ostrowski
Roland Claus und Fraktion